

Sonja Häder

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.932>

Reprint von:

Sonja Häder, Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 381-403

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Sonja Häder (1999), Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.932>

Ursprünglich erschienen als: Sonja Häder, Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 381-403

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 15

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen
der DDR-Geschichte, Band 4

Peter Hübner (Hg.)

Eliten im Sozialismus

Beiträge zur Sozialgeschichte
der DDR



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10529 (HBB ZZF)
Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eliten im Sozialismus :

Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR / Peter Hübner (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 4)

(Zeithistorische Studien ; Bd. 15)

ISBN 3-412-13898-3

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Walter Womacka: „Unser Leben“, 1964, vierteiliges Wandbild am

Haus des Lehrers in Berlin, 125 x 7 m (Ausschnitt), Foto: Jan Buschbom, Berlin 1999

Druck und Bindung: MVR-Druck, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13898-3

Inhalt

PETER HÜBNER

Einleitung: Antielitäre Eliten? 9

*I. Allgemeine Aspekte des „realsozialistischen“ Elitenproblems:
Traditionen, Mentalitäten, Wertorientierungen*

ARND BAUERKÄMPER

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft,
Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der
SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren 37

JÜRGEN DANYEL

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis
der ostdeutschen Eliten 67

VICTORIA KAINA/MARTINA SAUER

Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im
gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der
„Potsdamer Elitestudie 1995“ 87

II. Partei- und Staatsapparat

HELGA A. WELSH

Kaderpolitik auf dem Prüfstand:

Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989 107

RUTH-KRISTIN RÖSSLER

Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz
der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR 131

SABINE ROSS

Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-
Staatsapparats der achtziger Jahre 147

RÜDIGER WENZKE

„Bei uns können Sie General werden ...“ Zur Herausbildung und
Entwicklung eines „sozialistischen Offizierkorps“ im DDR-Militär 167

JENS GIESEKE

„Genossen erster Kategorie“: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des
Ministeriums für Staatssicherheit als Elite 201

SEBASTIAN SIMSCH

„ was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind“.
Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der
FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945-1951 241

III. Wirtschaft

CHRISTOPH BOYER

Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen
Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR 255

FRIEDERIKE SATTLER

Zwischen politischem Kurs und pragmatischem Zwang: Zum
Konfliktverhalten von SED-Wirtschaftsfunktionären im
Land Brandenburg im Krisenjahr 1947 273

GEORG WAGNER-KYORA

Loyalität auf Zeit - zur Identität der Management-Elite der
DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren 299

CHRISTEL NEHRIG

Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945-1970 309

PETER HÜBNER

Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR..... 325

IV. Wissenschaft und Forschung

RALPH JESSEN

Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und
Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und
Ostdeutschland nach 1945 361

SONJA HÄDER

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität
Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung
1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität..... 381

DOLORES L. AUGUSTINE

Berufliches Selbstbild, Arbeitshabitus und Mentalitätsstrukturen von
Software-Experten der DDR..... 405

Anhang

Literaturverzeichnis 435

Autorenverzeichnis 473

SONJA HÄDER

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung 1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität¹

1. Ausgangskonstellationen und Fragestellung

Die Geschichte der Pädagogischen Fakultäten (und damit der einheitlichen universitären Lehrerausbildung) in der SBZ/DDR ist kurz: Sie begann 1946, als an den Universitäten in Berlin, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock bzw. an der Technischen Hochschule Dresden Pädagogische Fakultäten eingerichtet wurden, und endete 1955 als Folge einer vom Ministerium für Volksbildung 1953 erlassenen Verordnung² zur Auflösung derselben.

Als die Sowjetische Militäradministration (SMAD) am 12.7.1946 mit ihrem Befehl Nr. 205³ die rechtliche Grundlage für die Einrichtung eigenständiger universitärer Pädagogischer Fakultäten schuf, sahen sich viele deutsche Erziehungswissenschaftler der Verwirklichung einer gerade in Volksschullehrerkreisen schon seit 1848 erhobenen Forderung einen entscheidenden Schritt nähergekommen. Statt einer dualen Lehrerbildung in Seminaren und Universitäten sollte eine einheitliche und zwar universitäre Ausbildung für alle das verbindliche Modell der Lehrerbildung werden.⁴ Ein „Einheitslehrer“ sollte die Universitäten verlassen und die traditionelle Kluft zwischen den Volksschullehrern und Studienräten der

1 Der nachfolgende Aufsatz entstand im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojektes zur Entwicklung der Pädagogik in der SBZ/DDR.

2 Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen vom 15.5.1953, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 66, Ausgabetag 22.5.1953, S. 728–730.

3 Befehl des obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 205 vom 12. Juli 1946 zur Einrichtung Pädagogischer Fakultäten an den Universitäten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Universitätsarchiv Halle (UAH), Rep. 7a–b/503, unpag.

4 Auf Einwände, die insbesondere von Repräsentanten der um Reputationsverlust fürchtenden Philosophischen Fakultäten vorgebracht wurden, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Wichtig aber, daß Rektor und Senat der Universität Halle-Wittenberg im Vorfeld der Verhandlungen um die Fakultätsgründung „trotz schwerer [...] Bedenken“ schließlich ein positives Votum abgaben. Vgl. Gutachten von Rektor und Senat über den Plan, an der Martin-Luther-Universität eine Pädagogische Fakultät zu errichten, vom 26.11.1945 (nebst Lehrplanvorschlag), gerichtet an den Präsidenten der Provinz Sachsen, in: UAH, Rep. 7a–b/503, unpag.

höheren Schulen überwunden werden. Freilich war klar, daß aufgrund des eklatanten Lehrermangels infolge von Kriegsverlusten und (anfänglich radikaler) Entnazifizierung zunächst eine unmittelbar wirksame Lösung gefunden werden mußte. Als eine – wie es der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, auf dem Pädagogischen Kongreß 1946 erklärte – „aus der Notlage geborene Maßnahme“⁵ wurden deshalb bekanntermaßen die Neulehrerkurse eingerichtet. Diese sollten solange für den Lehrernachwuchs sorgen, bis die Pädagogischen Fakultäten der Universitäten personell und konzeptionell in der Lage waren, die gesamte Lehrerbildung zu übernehmen.

In den Plänen der politisch Verantwortlichen der SBZ spielte indes nicht nur die Absicht eine Rolle, der geplanten „Einheitsschule“ einen „Einheitslehrer“ zur Seite zu stellen. Stärker fielen bei ihnen zwei andere Gesichtspunkte ins Gewicht. Zum einen lag es in ihrem Interesse, mit der Vereinheitlichung der Lehrerbildung diese in ideologischer Hinsicht effektiver zu kontrollieren und von vornherein der „Lenkungs- und Definitionsmacht der SED“⁶ zu unterstellen. Zum anderen wollten sie den strategisch dringlichen Wandel der Universität voranbringen. Neue Fakultäten (neben den Pädagogischen auch die wenig später gegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen) sollten den Einfluß der „alten“, speziell also der Philosophischen und Juristischen, zurückdrängen und der Universität ein Gepräge geben, das dem induzierten Elitenaustausch und Strukturwandel dienlich sein würde. Blieb das alte Ideal der „universitas litterarum“ unangetastet und ein bürgerlicher Lehrkörper einem ebensolchen Wissenschaftsbegriff verhaftet, konnte das von den neuen Machthabern verfolgte Gesellschaftsprojekt nicht verwirklicht werden.⁷ An diesem Zusammenhang gab es in den ostdeutschen Führungsetagen keinen Zweifel. Insofern erschien es zwingend, nicht nur das Personal auszutauschen, sondern die bestehenden Strukturen grundsätzlich zu verändern. Strukturwandel und Kaderpolitik aber brauchten Zeit, weder ließ sich das historisch gewachsene Universitätsgefüge kurzfristig neu ordnen, noch verfügte die SED in ausreichender Zahl über weltanschaulich genehmes Personal. Zudem mußte die Universität – trotz aller Kompromisse – weiterhin gewissen professionellen Standards genügen. Neulehrer ließen sich notfalls in Wochenkursen ‚qualifizieren‘, nicht aber Wissenschaftler, die an den Universitäten die Ausbildung der dringend benötigten neuen Funktionsebenen übernehmen bzw. mit ihren Forschungsleistungen den Aufbau einer modernen Industriegesellschaft effektiv unterstützen sollten. Diese Zwangslage, nicht zuletzt auch taktische Erwägungen im Umgang mit der „alten Intelligenz“, ließ den Führungskräften der SED keine andere Wahl:

-
- 5 Paul Wandel, *Demokratisierung der Schule*. Rede, gehalten auf dem Pädagogischen Kongreß in Berlin am 15.8.1946, Berlin/Leipzig 1946, S. 16.
 - 6 M. Rainer Lepsius sieht in diesem Herrschaftsprinzip (Macht der SED über die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche) ein zentrales Merkmal der mangelnden institutionellen Differenzierung in der DDR. Vgl. ders., *Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR*, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 19.
 - 7 Zur Hochschulpolitik in der SBZ vgl. Hans-Uwe Feige, *Aspekte der Hochschulpolitik der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (1945–1948)*, in: *Deutschland Archiv (DA)* 25, 1992, S. 1169–1180; Max Gustav Lange u. a., *Das Problem der „Neuen Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone*. Ein Beitrag zur politischen Soziologie der kommunistischen Herrschaftsordnung, in: *Veritas-Iustitia-Libertas*. Fs. zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York, Berlin 1954, S. 191–246; Marianne Müller/Egon Erwin Müller, „...stürmt die Festung Wissenschaft.“ *Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945*, Berlin 1953.

Erst einmal mußten sie mit den „Bürgern“⁸ vorliebnehmen. Da speziell die Pädagogischen Fakultäten die strategisch wichtige Aufgabe erhalten hatten, den gesellschaftlichen Umbau durch die Ausbildung eines „neuen“ Lehrers voranzubringen bzw. innerhalb der Universität mit ihrem „fortschrittlichen Geist“ Einfluß auf die übrigen Fakultäten zu nehmen, scheint eine genauere Analyse des sozialen Profils ihrer Hochschullehrer⁹ besonders lohnenswert.

Am lokalen Beispiel der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle soll zunächst die einfache Frage beantwortet werden, „welche Personen eigentlich die Erziehungswissenschaft [...] konstituierten“¹⁰ bzw. wer als (vorläufiger) Ersatz für die alte Professorenschaft in die Reihen der ostdeutschen Funktionseleiten¹¹ aufgenommen wurde? Wie setzten sich die Mitarbeiter der jungen Hallenser Fakultät nach ihrer sozialen Herkunft, ihrer beruflichen Qualifikation, ihrem Alter und ihrer Parteizugehörigkeit zusammen? Was kann aus diesen Merkmalen geschlossen und über die „Kräfteverhältnisse“ an der Fakultät ausgesagt werden, was über die Tradierung von Bürgerlichkeit bzw. über den „Einbruch“ weltanschaulicher Vorgaben der sich zeitgleich konstituierenden SED-Diktatur?

Strukturell waren diese Hochschullehrer Teil der ostdeutschen Funktionseleiten: Als Angehörige einer staatlichen Universität vermittelten sie den künftigen Mittel- und Oberstufenlehrer das nötige Leistungs- und zugleich fachübergreifendes Bildungswissen; als Forschende gehörten sie der Scientific Community an, die gleichwohl ihren eigenen Regeln

-
- 8 „Bürgerlichkeit“ wird hier zum einen in einem engeren Sinne zur Bezeichnung der sozialen Herkunft benutzt, meint darüber hinaus aber auch eine bestimmte Statureigenschaft, die traditionell mit dem Hochschullehrerberuf gegeben ist und schließlich eine spezifische Form von Mentalität, Kultur, Werthaltung und Lebensführung. In der Sprache der SED wurde „bürgerlich“ zumeist im Sinne eines Kampfbegriffs, aber auch als soziales Zuordnungskriterium benutzt. Vgl. hierzu u. a.: Ralph Jessen, Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR – Elitewechsel mit Hindernissen, in: *hochschule ost* 4, 1995, H. 3, S. 61–72; ders., Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945–1970), in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther (Hg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur*, Leipzig 1995, S. 121–143; Christoph Kleßmann, Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble u. a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, S. 254–270; Anna-Sabine Ernst, *Erbe und Hypothek. Alltagskulturelle Leitbilder in der SBZ/DDR*, in: *Kultur und Kulturträger in der DDR. Analysen*, hg. v. Mitteldeutschen Kulturrat, Bonn 1993, S. 9–72; dies., „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR, Münster 1997.
- 9 Die Hochschullehrer werden hier in einem weiteren Sinne definiert als die Gruppe aller Professoren und Dozenten.
- 10 Heinz-Elmar Tenorth stellte diese Frage analog für die Zeit vor und nach 1933. Vgl. ders., *Deutsche Erziehungswissenschaft 1930 bis 1945. Aspekte ihres Strukturwandels*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 32, 1986, S. 299–321, hier S. 301.
- 11 Unter Funktionseleiten sollen in Anlehnung an Otto Stammer „soziale und politische Einflußgruppen [verstanden werden], welche sich aus den breiten Schichten der Gesellschaft und ihren größeren und kleineren Gruppen auf dem Wege der Delegation oder die Konkurrenz herauslösen, um in der sozialen und politischen Organisation des Systems eine bestimmte Funktion zu übernehmen.“ Wobei speziell im Bereich der Universitäten die Übergänge zwischen Funktions- und Leistungselite fließend sind. Trotz der methodischen Orientierung, die dieses Elitenkonzept liefern kann, ist damit die Spezifik von Funktionseleiten in Diktaturen noch nicht hinreichend erfaßt. Eine vergleichende Analyse von Funktionseleiten in Demokratien und Diktaturen steht noch aus. Vgl. Otto Stammer, *Das Elitenproblem in der Demokratie*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 71, 1951, 2. Halbbd., H. 5; S. 9. Zur Begriffsdiskussion vgl.: Arnd Bauerkämper u. a., „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: ders. u. a. (Hg.), *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, Berlin 1997, S. 11–86.

unterlag und nicht an Ländergrenzen halt machte.¹² In welchem Maße repräsentierten die Hallenser Hochschullehrer als Funktionselite der „Übergangsgesellschaft“ noch Wesenszüge, Mentalitäten und Habitus traditionaler Eliten, und wo zeigen sich als Auswirkung der neuen Kaderpolitik Brüche bzw. diskontinuierliche Momente?

Konnten es diese Hochschullehrer sein, die in ihrer Lehre, mit ihrer Geisteshaltung und ihren Theorien einen der wichtigsten Mittler des geplanten gesellschaftlichen Umbaus, den politisch loyalen und gesellschaftlich tatkräftigen „neuen Volkslehrer“, heranziehen würden? Waren hier die Erziehungswissenschaftler versammelt, die der Sowjetpädagogik – ungeachtet deutscher Traditionen – zum Siegeszug verhelfen würden?

2. Quellen und kollektivbiographische Methode

Das Material dieser Studie beruht auf der Auswertung von Personalakten¹³ derjenigen Hochschullehrer, die zwischen 1946 und 1955 durchgängig oder zeitweise an der Pädagogischen Fakultät der Universität Halle/Wittenberg folgende Funktionen wahrgenommen haben: Ordentliche Professoren, Professoren mit Lehrstuhl, Professoren mit vollem bzw. mit Lehrauftrag, außerordentliche Professoren, Wahrnehmungsprofessoren¹⁴, Dozenten und Wahrnehmungsdozenten. Diese Mitarbeitergruppe umschreibt das zu untersuchende Personencorpus¹⁵. Insgesamt wurden im Hallenser Universitätsarchiv außer unterschiedlichen Überlieferungen der Fakultät 41 Personalakten ausgewertet. Lediglich von sechs Mitarbeitern, die ebenfalls dem Gesamtcampus der Hochschullehrer zuzurechnen sind, waren die Akten nicht greifbar bzw. unvertretbar lückenhaft. Bei der Auswertung der Personalakten wurden folgende Indikatoren berücksichtigt:

- * Alter, Geschlecht,
- * Konfession,
- * soziale Herkunft,
- * Schulausbildung und berufliche Qualifikation,
- * Berufstätigkeit vor 1945,
- * Familienstand und Kinder,

12 Vgl. in diesem Sinne Ralph Jessen, Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), in: *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 24, 1998, S. 24–54, hier: S. 24f.

13 Auf die Nennung der einzelnen Personalaktennummern wird hier verzichtet. Die auf dieser Quellenbasis gewonnenen Kollektivdaten werden im weiteren wie folgt zitiert: UAH, Datensatz Personalakten.

14 Der exakte Titel lautet: „mit der Wahrnehmung einer Professur“ bzw. „Dozentur beauftragt“. Beide Gruppen bezeichneten innerhalb der Professoren- bzw. Dozentenschaft jeweils die unterste Statusgruppe.

15 Der Begriff Personencorpus wurde der Erziehungswissenschaft entlehnt. Er hebt darauf ab, das untersuchte Personal in seiner Eigenschaft als *Kollektivsubjekt* in ihrer jeweiligen sozialen, kulturellen bzw. wissenschaftlichen Praxis zu thematisieren. Vgl. u. a. Ludger Helm/Heinz-Elmar Tenorth/Klaus-Peter Horn/Edwin Keiner, *Autonomie und Heteronomie. Erziehungswissenschaft im historischen Prozeß*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 36, 1990, S. 29–49; Klaus-Peter Horn/Heinz-Elmar Tenorth, *Der Nachwuchs in der akademischen Pädagogik zwischen 1925 und 1955*, in: Tobias Rülcker/Jürgen Oelkers (Hg.), *Politische Reformpädagogik*, Bern 1998, S. 695–711.

- * Positionen innerhalb der Fakultät,
- * Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen vor 1933, nach 1933 und nach 1945/46,
- * gesellschaftliche Funktionen,
- * Auszeichnungen in der SBZ/DDR und Teilnahme an Schulungen.

Mit Hilfe der kollektivbiographischen Methode, die namentlich in der historischen Sozialforschung seit Mitte der siebziger Jahre entwickelt wurde¹⁶, sollen nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse zur demographischen, sozialen und politischen Struktur des ausgesuchten Samples von Hochschullehrern vorgestellt werden.

3. Die Struktur des Corpus

Nach ersten Übergangslösungen bestanden an der Pädagogischen Fakultät mit Beginn des Sommersemesters 1947 zwei Institute: das Institut für theoretische Pädagogik, dessen Leitung dem 57jährigen Philologen Hans Ahrbeck (er war zugleich Dekan) übertragen wurde, und das Institut für Didaktik und Methodik (später für praktische Pädagogik), das der erst 33jährige Erziehungswissenschaftler Hans Herbert Becker übernahm. Beiden Instituten standen zwölf Mitarbeiter zur Verfügung.¹⁷ Im Zuge des weiteren Ausbaus der Fakultät kamen in rascher Folge folgende Institute hinzu: das Institut für körperliche Erziehung und Schulhygiene (Prof. Dr. Georg Hinsche), für Musikerziehung (Prof. Dr. Fritz Reuter), für Sprechkunde (Prof. Dr. Richard Wittsack/Dr. Hans Krech), für landwirtschaftliche Pädagogik (Prof. Dr. Fritz Nagel), für Sonderpädagogik (Prof. Dr. Kurt Prautzsch), weiterhin das Soziologische Institut (Prof. Dr. Max Gustav Lange), das Gesellschaftswissenschaftliche (Prof. Walter Lindemann) und das Psychologische Institut (Prof. Dr. Friedrich Winnefeld).¹⁸

Mit den Neugründungen und der fortschreitenden Ausdifferenzierung einzelner Institutsabteilungen stieg die Zahl des wissenschaftlichen Personals kontinuierlich an. 1952 erreichte die personelle Expansion ihren Höhepunkt: In den mittlerweile elf Instituten gab es 142 Mitarbeiter, darunter 28 Hochschullehrer.¹⁹ Als die Fakultät – gegen den erklärten Wil-

16 Vgl. exemplarisch: Wilhelm H. Schröder (Hg.), *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1985.

17 Im einzelnen handelt es sich um den o. Prof. Hans Ahrbeck, drei a. o. Prof. (Hans Herbert Becker, Georg Hinsche, Albert Reble), einen Dozenten (Hans Fuchs), fünf Lektoren und zwei Lehrbeauftragte. Vgl. Verzeichnis und Charakteristik der Mitglieder des Lehrkörpers der Pädagogischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg vom 6.11.1946, in: UAH, Rep. 4/724, unpag.

18 Einige dieser Institute wurden später umbenannt bzw. neu gegliedert. Dazu ausführlicher: Hans Ahrbeck, *Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Pädagogischen Fakultät Halle vom 12.9.1955*, in: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung/Archiv (DIPF/BBF-Archiv), Nachlaß Hans Ahrbeck, Akte Universitätsreden (ohne Nummer), unpag.

19 Zu den 142 Personen zählten neben den Hochschullehrern acht Lektoren, 35 Lehrbeauftragte, drei Oberassistenten, 27 Assistenten, 23 Hilfsassistenten und 18 Aspiranten. Vgl. Jürgen Gebhardt, *Die pädagogische Fakultät im Prozeß der revolutionären Umgestaltungen im Bildungswesen*, in: ders. (Hg.), *Die pädagogische Fakultät im Prozeß der revolutionären Umgestaltung im Bildungswesen*, Halle 1988, S. 5–30, hier: S. 19. Zum Vergleich für 1949 siehe den ausführlichen Bericht einer von

len ihrer wichtigsten Repräsentanten²⁰ – 1955 aufgelöst und in Teilen als Institut für Pädagogik in die Philosophische Fakultät eingegliedert wurde, war die Zahl der Hochschullehrer auf 17 geschrumpft. Unter dem Dach der Philosophen blieben dem Institut für Pädagogik am Ende nur fünf Abteilungen, an denen noch vier Professoren und drei Dozenten lehrten.

Demographische Merkmale und Konfession

Wie überall in der SBZ und frühen DDR mußte als Folge der Entnazifizierung auch an der neugegründeten Pädagogischen Fakultät die Lehre zunächst in großer Zahl Personen anvertraut werden, die das übliche Berufungsalter längst überschritten hatten. Erziehungswissenschaftler, die den berufungsfähigen Jahrgängen angehörten, hatten ihre wissenschaftliche Sozialisation unter dem Nationalsozialismus durchlaufen und galten in einem hohen Maße als belastet. Die öffentlich so viel gepriesene „neue Intelligenz“ wiederum hatte sich gerade erst an den Universitäten eingeschrieben. Der Rückgriff auf ältere, selbst die Reaktivierung des „Rektors“ oder „Schulrats im Ruhestand“, waren die unvermeidbare Konsequenz. In Sachsen waren 1949 z. B. ein Drittel der Lehrstühle mit Professoren besetzt, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatten.²¹ Nicht viel anders stellte sich die Altersstruktur der untersuchten Hallenser Hochschullehrer dar.

Tabelle 1
Alter bei Eintritt in die Pädagogische Fakultät²²

| Alter | Anzahl der Mitarbeiter | |
|-----------------------|------------------------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| unter 30 Jahre | 1 | 2,4 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 11 | 26,8 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 4 | 9,8 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 9 | 22,0 |
| 60 bis unter 70 Jahre | 15 | 36,6 |
| 70 bis unter 80 Jahre | 1 | 2,4 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

der Deutschen Verwaltung für Volksbildung eingesetzten Kommission vom 29.8.1949, in: Landesarchiv Magdeburg/Landeshauptarchiv, Rep. K MVb 4944; Bl. 1–61.

20 Die Auflösung der Fakultäten hatte verschiedene Gründe. Zum einen versprach sich das Ministerium für Volksbildung von den Hochschulen bzw. Instituten für Lehrerbildung eine kürzere und praxisorientiertere Ausbildung. Zum anderen warf sie den Pädagogischen Fakultäten vor, keine „hochqualifizierten Lehrer“ geliefert und im „pädagogischen Leben“ der DDR eine zu geringe Rolle gespielt zu haben. Besonders schwer wog der Vorwurf, die „Universitäten seien ihrer Struktur nach nicht zur Lehrerbildung geeignet“. Vgl. hierzu das in seiner Offenheit eindrucksvolle und von allen Dekanen der Pädagogischen Fakultäten unterzeichnete „Memorandum der Pädagogischen Fakultäten der Universitäten in der DDR zur Lehrerbildung“ nebst Anlage 3 („Zu den Argumenten gegen die Pädagogischen Fakultäten“) vom 9.12.1953, in: DIPF/BBF, Nachlaß Heinrich Deiters 0.4.05/24, unpag.

21 Müller/Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft“, S. 153.

22 Quelle aller nachfolgenden Tabellenangaben: UAH, Datensatz Personalakten.

Wie aus Tabelle 1 zu ersehen ist, hatten 61 Prozent bereits das 50. bzw. 39 Prozent sogar das 60. Lebensjahr überschritten. Beinahe durchgängig handelt es sich dabei um Personen, die erst nach 1945 an die Hallenser Universität gekommen waren.²³

Tabelle 2
Generationsordnung

| geboren bis | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| 1870 | 1 | 2,4 |
| 1871–1893 | 22 | 53,7 |
| 1894–1901 | 3 | 7,3 |
| 1902–1914 | 12 | 29,3 |
| 1915–1925 | 3 | 7,3 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

Interessant ist auch der Blick auf die Generationsordnung (Tabelle 2): Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Hochschullehrer wurden vor 1893 geboren, hatten also noch in der Zeit des Kaiserreichs ihre vorberufliche Sozialisation bzw. – in aller Regel – anschließend auch ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen.²⁴ Eine weitere Gruppe, die etwa ein Drittel umfaßt, wurde zwischen Jahrhundertwende und Ausbruch des Ersten Weltkrieges geboren. Diese Generation war zum Ende der Weimarer Republik bzw. während des „Dritten Reichs“ in das Berufsleben eingetreten und gehörte später an der Pädagogischen Fakultät zu den mittleren Altersjahrgängen. Vor dem Hintergrund dieser Altersstruktur wird auch der relativ hohe Anteil konfessionell gebundener Mitarbeiter verständlich (Tabelle 3).

23 Die (in der ersten Entnazifizierungsphase) hohe Austauschquote war offensichtlich eine Besonderheit der ideologie- und herrschaftsnahen Fakultäten. Ganz anders sah das Bild nämlich bei den Naturwissenschaftlern und Medizinerinnen aus. Vgl. zu den letzteren: Anna-Sabine Ernst, Doppelstaatsbürger von Partei und Fach? Das soziale und politische Profil der DDR-Medizinprofessoren in den fünfziger Jahren, in: *hochschule ost* 6, 1997, H. 2, S. 26.

24 Es ist schon auffällig, daß zu den Lehrerbildnern der kurzen Fakultätsgeschichte in so großer Zahl Personen gehörten, die – mit Ernst Lichtenstein gesprochen – der für die Entwicklung der hermeneutisch-pragmatischen Pädagogik so wichtigen „letzten Vorkriegsgeneration“ in Deutschland angehörten. Dieser Generation auch zuzuordnen: Hermann Nohl (1879), Theodor Litt (1880), Aloys Fischer (1880), Eduard Spranger (1882). Vgl. Ernst Lichtenstein, Die letzte Vorkriegsgeneration in Deutschland und die hermeneutisch-pragmatische Pädagogik, in: *Einsichten und Impulse. Wilhelm Flitner zum 75. Geburtstag*, Weinheim 1964, S. 5–33.

Tabelle 3
Konfession

| Konfession | Anzahl der Mitarbeiter | |
|----------------------------------|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| evangelisch | 20 | 48,8 |
| evang., nach 1945 Kirchnaustritt | 3 | 7,3 |
| katholisch | 0 | 0,0 |
| sonstige | 1 | 2,4 |
| konfessionslos ²⁵ | 17 | 41,5 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

Daß es sich dabei fast ausschließlich um Protestanten handelte, ist gerade im Hinblick auf die Tradierung einer geisteswissenschaftlichen Pädagogik an der Hallenser Fakultät bemerkenswert.²⁶ Eine Erklärung könnte zum einen die generelle Unterrepräsentation der Katholiken im deutschen Beamten- und Bürgertum liefern²⁷, zum anderen werden lokale Herkunft der Hochschullehrer bzw. der Standort ihrer Ausbildungsstätten (was mit speziellen Fachkulturen und Denkrichtungen korrespondierte²⁸) eine Rolle gespielt haben. Ein Großteil der Fakultätsmitarbeiter stammte aus Regionen eines dominant protestantischen Milieus bzw. hatte in solchen seine Ausbildung absolviert. Genausowenig zufällig dürfte es sein, daß mehrere Hochschullehrer vor 1945 für kürzere oder längere Zeit an den bekannten (in pietistischer Tradition stehenden) Franckeschen Stiftungen in Halle tätig gewesen waren.²⁹

Unbeschadet dieser Traditionslinie darf nicht übersehen werden, daß an der Pädagogischen Fakultät eine protestantisch geprägte Erziehungstheorie nicht mehr systematisch gelehrt werden durfte, wie überhaupt die konfessionelle die Lehre aus der offiziellen Erziehungswissenschaft verbannt worden war.

25 Wahrscheinlich sind in dieser Rubrik auch Personen registriert, die aus der Kirche ausgetreten waren.

26 Zur Tradierung der geisteswissenschaftlichen Pädagogik in Halle vgl. die unveröffentlichten, vollständig erhalten gebliebenen Vorlesungen des Dekans der Fakultät und Ordinarius für praktische Pädagogik, Hans Ahrbeck, in: DIPP/BBF Nachlaß Hans Ahrbeck, Akte 4–13. Zur Entstehungsgeschichte der geisteswissenschaftlichen Pädagogik vgl. Heinz-Elmar Tenorth, *Geschichte der Erziehung, Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung*, Weinheim 1988, S. 219–224.

27 Vgl. Jürgen Kocka, *Das europäische Muster und der deutsche Fall*, in: ders. (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 1: *Einheit und Vielfalt Europas*, Göttingen 1995, S. 45.

28 Zur Verbindung von protestantischem Milieu und geisteswissenschaftlicher Pädagogik vgl.: Hans Bernhard Kaufmann u. a. (Hg.), *Kontinuität und Traditionsbrüche in der Pädagogik*, Weinheim/Basel 1991.

29 Angaben zu Geburts-, Studien- und Arbeitsorten: UAH, Personalakten.

Tabelle 4
Geschlecht

| Geschlecht | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| männlich | 37 | 90,3 |
| weiblich | 4 | 9,7 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

Die geringe Präsenz der Frauen (Tabelle 4) läßt sich hingegen nicht primär mit der Altersstruktur erklären. Zwar war der Lehrerberuf (der, wie später zu zeigen sein wird, das zentrale Rekrutierungsfeld der Pädagogischen Fakultät bildete) gleichermaßen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ eine Domäne der Männer gewesen; gleichwohl zeichneten sich schon damals erste Anzeichen zunehmender Feminisierung der Berufsgruppe ab. Etwa jeweils ein Viertel aller Lehrer waren seinerzeit Frauen gewesen.³⁰ Diese Größenordnung spiegelt sich allerdings im Anteil der Hochschullehrerinnen während des ersten Nachkriegsjahrzehnts nicht annähernd wider. Bei den vergleichsweise unattraktiven Stellen der Lehrbeauftragten betrug das Verhältnis von Männern und Frauen im Unterschied zu den oberen Statusgruppen 3:1.³¹ Obwohl schließlich die zum Personencorpus gehörenden vier Frauen alle promoviert waren (drei bereits vor 1945), mußten sie beim Eintritt in die Pädagogische Fakultät mit einer Lektorenstelle vorliebnehmen, bevor sie zur Dozentin bzw. Wahrnehmungsdozentin aufsteigen konnten. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung war also in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft nicht beseitigt worden, was offensichtlich weniger den ungenügenden Personalangeboten als einer entsprechenden Kaderpolitik zuzuschreiben war.³²

Soziale Herkunft und Schulausbildung

Angesichts der bekannten Ergebnisse aus der Bürgertumsforschung³³ und zur sozialen Rekrutierung von Lehrern nach der Jahrhundertwende³⁴ ist es kein überraschender Befund, daß jeweils etwa ein Fünftel des Personencorpus entweder einer Lehrer- oder einer Beamten- bzw. Angestelltenfamilie (der einfachen bzw. mittleren Ebene) entstammte (Tabelle 5).

30 In der Weimarer Republik (1926/27) betrug der Lehrerinnenanteil 25,7 Prozent, im „Dritten Reich“ (1937) 26,3 Prozent. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 57, 1938, S. 599–601.

31 Berechnungen anhand der Angaben aus den Vorlesungsverzeichnissen, ergänzende Hinweise aus den Personalakten. Beides UAH.

32 In diesem Sinne auch die Befunde von Ernst, Doppelstaatsbürger von Partei und Fach?, S. 28.

33 Nach den Untersuchungen Werner Conzes stammte die überwiegende Mehrheit der Lehramtskandidaten seit der Jahrhundertwende aus Familien von Volksschullehrern und nicht-akademischen Beamten sowie aus dem gewerbe- und handeltreibenden Bürgertum. Vgl. ders., Sozialgeschichte in Deutschland 1850–1918, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 675.

34 Vgl. Christoph Führ, Gelehrter Schulmann – Oberlehrer – Studienrat. Zum sozialen Aufstieg der Philologen, in: Werner Conze/Jürgen Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985, S. 417–457.

Tabelle 5
Soziale Herkunft (Beruf des Vaters)

| Beruf des Vaters | Anzahl der Mitarbeiter | |
|----------------------|------------------------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| Lehrer | 9 | 22,0 |
| Kaufmann | 10 | 24,4 |
| Handwerksmeister | 4 | 9,8 |
| Beamter/Angestellter | 8 | 19,5 |
| Arbeiter | 5 | 12,2 |
| Bauer/Landwirt | 4 | 9,7 |
| Selbständig | 1 | 2,4 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

Bei einem Viertel (24,4 Prozent) war der Vater als Kaufmann und bei einem knappen Zehntel als Handwerker tätig gewesen. Alles in allem sind damit ungefähr zwei Drittel des Hallenser Fakultätskorpus nach ihrer sozialen Herkunft dem „neuen“ bzw. „alten Mittelstand“ zuzurechnen. Nur ein Hochschullehrer, der Philologe Hans Ahrbeck, kam aus bildungsbürgerlichen Verhältnissen. Sein Vater hatte als städtischer Chefapotheker dem höheren Beamtentum angehört. Ein anderer, Walter Lindemann, stammte aus dem Wirtschaftsbürgertum; er war Sohn eines Fabrikanten.³⁵

Schließlich zeigt das Datenmaterial auch, daß die politisch gewünschte Arbeiterherkunft in der kurzen Fakultätsgeschichte kaum zu Buche geschlagen hatte, was (für die jüngeren) weder angesichts der langen Ausbildungswege noch (für die älteren) angesichts der geringen Präsenz der unteren Sozialschichten unter den Studierenden seit der Jahrhundertwende³⁶ verwundert. Lediglich ein Achtel (12,2 Prozent) aller Hochschullehrer konnte auf eine Herkunft aus Arbeiterkreisen verweisen.

Tabelle 6
Schulabschluß

| Schulform | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------|------------------------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| Volksschule | 9 | 22,0 |
| Bürgerschule | 2 | 4,8 |
| Gymnasium | 30 | 73,2 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

35 Walter Lindemann, den die DDR-Historiographie gern als „roten Studienrat“ pries, lehrte in Halle (obwohl nicht einmal promoviert) als Professor mit vollem Lehrauftrag für Methodik des Geschichtsunterrichts bzw. Politische und soziale Probleme der Gegenwart. Seine Fabrikantenherkunft suchte er – wie sein früherer Kollege, der Mediävist und Fachmann für körperliche Erziehung Prof. Gerhard Lukas, in einem Gespräch berichtete – geflissentlich zu übergehen. Vielmehr liebte er es, sich als „alten Arbeiterkämpfer“ zu stilisieren und seine frühe KPD-Mitgliedschaft herauszustreichen. Aufzeichnungen zum Gespräch mit G. Lukas bei der Autorin.

36 Führ, Gelehrter Schulmann – Oberlehrer – Studienrat, S. 444f.

Die Folgen schichtspezifischer Sozialisation sind ebenso am erreichten Schulabschluß ablesbar (Tabelle 6). Von denjenigen, die ihre Schulausbildung (wie für eine Universitätstätigkeit eigentlich unabdingbar) mit dem Abitur abgeschlossen hatten, stammten 72,5 Prozent entweder aus einer Kaufmanns- (27,6 Prozent), einer Lehrer- (24,2 Prozent) oder einer Beamtenfamilie (20,7 Prozent). Dagegen hatten von den Fakultätsmitarbeitern mit Arbeiterherkunft lediglich zwei das Abitur (6,9 Prozent) erreicht.³⁷ Die (für eine Universitätsfakultät) mit 26,8 Prozent vergleichsweise große Gruppe von Mitarbeitern ohne Abitur erklärt sich, wie nachfolgend zu sehen ist, aus dem relativ großen Anteil von Volksschullehrern³⁸ unter dem Hallenser Personencorpus.

Berufliche Qualifikation. Arbeitsfelder. wissenschaftliche Sozialisation

Der politisch gewollte Elitenaustausch eröffnete der jungen Generation nach 1945 die Möglichkeit eines beispiellosen Aufstiegs: in einem „kollektiven Bildungsroman“³⁹, der bis weit in die fünfziger Jahre hinein andauerte, qualifizierte sie sich für die leergewordenen Führungsetagen der DDR. In einem kurzen Intermezzo bekamen aber auch Vertreter älterer Generationen in der SBZ noch eine Chance. Personen, die unter „normalen“ Bedingungen für eine Hochschullaufbahn als nicht ausreichend qualifiziert gegolten hätten bzw. längst das durchschnittliche Berufungsalter überschritten hatten, rückten für eine „Überbrückungszeit“ in die Reihen der ostdeutschen Funktionseliten auf.

Tabelle 7

Berufsausbildung

| Ausbildungsform | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------------------|------------------------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| Lehrerseminar | 8 | 19,5 |
| Universität | 27 | 65,9 |
| Lehrerseminar/Universität | 5 | 12,2 |
| sonstige | 1 | 2,4 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

37 Alle Berechnungen zur sozialen Herkunft der Abiturienten nach: UAH, Datensatz Personalakten.

38 Bekanntlich wurden in Deutschland die Volksschullehrer lange Zeit nur in Lehrerseminaren ausgebildet. Erst in der Weimarer Republik hatte man mit der Einrichtung Pädagogischer Akademien begonnen. Die Lehrerseminare bauten auf der Volksschule auf und umfaßten einschließlich der dreijährigen Vorbereitung in einer Präparandenanstalt gewöhnlich sechs Jahre.

39 Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 105.

Tabelle 8
Arbeitsfelder (Tätigkeiten vor 1945)

| Berufe | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| Lehrer an Volksschule | 4 | 10,0 |
| Mittelschule | 2 | 5,0 |
| Höheren Schule | 9 | 22,5 |
| Berufsschule | 1 | 2,5 |
| Gesamt | 16 | 40,0 |
| Rektor an Hilfs-/Volksschule | 2 | 5,0 |
| Mittelschule | 4 | 10,0 |
| Höheren Schule | 1 | 2,5 |
| Gesamt | 7 | 17,5 |
| Schulrat | 4 | 10,0 |
| Lektor/Dozent/Professor an HS, Akad. o. Universität | 6 | 15,0 |
| andere Berufe | 3 | 5,0 |
| Studium/Referendar | 4 | 10,0 |
| Gesamt | 40 | 100,0 |
| ohne Angaben | 1 | |

Wie die Tabelle 7 zeigt, war der Universitätsabschluß für den Eintritt in die Pädagogische Fakultät nicht zwingend gewesen: Ein Fünftel der Fakultätsmitarbeiter war in einem Lehrerseminar zum Volksschullehrer ausgebildet worden. Der Rest (von einem „Quereinsteiger“, dem Kunstmaler Conrad Felixmüller, abgesehen) hatte – z. T. im Anschluß an das Lehrerseminar – die Universität besucht. Für die übergroße Mehrheit (78 Prozent) waren Gymnasium (in zwei Fällen die Bürgerschule) und Universität die zentralen Ausbildungsstationen gewesen. Damit besaß das Hallenser Personal, einschließlich ihrer vielen Oberlehrer als dem „symbolischen Kern des Bildungsbürgertums“⁴⁰, eine starke bildungsbürgerliche Fraktion.

Diese Qualifikationsstruktur spiegelt sich auch in den vor 1945 ausgeübten beruflichen Tätigkeiten wider (Tabelle 8): Jeweils 15 Prozent waren als Lehrer oder Rektor entweder an einer Volks- oder Mittelschule und 25 Prozent an einer Höheren Schule beschäftigt gewesen. Insgesamt hatten also 55 Prozent zuvor im Schuldienst gestanden, weitere 10 Prozent kamen aus der Schulverwaltung. Nur 15 Prozent hatten in der Lehrerbildung an einer der Pädagogischen Hochschulen bzw. Akademien oder in einer Universität gearbeitet. Offenkundig war es also nicht – wie man annehmen könnte – primär die Tätigkeit in der Lehrerbildung, die für eine Mitarbeit an der neugegründeten Pädagogischen Fakultät empfohlen hatte, sondern eine Herkunft aus der unmittelbaren Schulpraxis.

Die ebenfalls nicht abwegige Vermutung, die Personalpolitik in der SBZ/DDR habe in größerem Ausmaß der Wiedergutmachung gedient, läßt sich mit dem vorliegenden Material

40 Konrad H. Jarausch, Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989, S. 189.

nicht bestätigen. Lediglich sieben Mitarbeiter (17 Prozent) des Hallenser Personencorpus hatten zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen berufliche Benachteiligungen hinnehmen müssen.⁴¹

Promotion und Habilitation markieren zweifellos zentrale Daten einer wissenschaftlichen Sozialisation (Tabellen 9–11). Innerhalb des Samples waren gut zwei Drittel promoviert, wobei sich das Gros zwei gleich großen Gruppen zuordnen läßt: zum einen die Wissenschaftler, die vor 1933 promoviert worden waren, und zum anderen diejenigen, die unter dem Nationalsozialismus den Dokortitel erworben hatten.

Tabelle 9

Akademischer Grad⁴²: Gesamtcorpus der Hochschullehrer

| ohne Promotion | | Promotion | | Habilitation | | Gesamt | |
|----------------|---------|-----------|---------|--------------|---------|---------|---------|
| absolut | Prozent | absolut | Prozent | absolut | Prozent | absolut | Prozent |
| 12 | 29,3 | 24 | 58,5 | 5 | 12,2 | 41 | 100,0 |

Tabelle 10

Akademischer Grad: Professoren

| ohne Promotion | | Promotion | | Habilitation | | Gesamt | |
|----------------|---------|-----------|---------|--------------|---------|---------|---------|
| absolut | Prozent | absolut | Prozent | absolut | Prozent | absolut | Prozent |
| 3 | 17,7 | 10 | 58,8 | 4 | 23,5 | 17 | 100,0 |

Tabelle 11

Zeitpunkt von Promotion und Habilitation

| Jahr der Promotion ⁴³ | Anzahl | |
|----------------------------------|-----------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| 1903–1914 | 6 | 20,7 |
| 1922–1931 | 6 | 20,7 |
| 1935–1942 | 12 | 41,4 |
| 1946–1955 | 5 | 17,2 |
| Gesamt | 29 | 100,0 |

41 Hierbei wurden die Personen berücksichtigt, die nach 1933 ihren Beruf aus politischen Gründen nicht oder nur noch zeitweilig ausüben konnten.

42 Bei den Angaben zum akademischen Grad wird jeweils nur der höchste angegeben. Ebenso in Tabelle 10.

43 Die jeweiligen Promotionsjahre wurden historisch relevanten Zeiträumen zugeordnet, die anschließende Datierung der Gruppen berücksichtigt dann aber nur das früheste bzw. späteste Promotionsjahr.

| Jahr der Habilitation | Anzahl | | Jahr der Berufung |
|--------------------------|---------|---------|-------------------|
| | absolut | Prozent | |
| 1930 | 1 | 20,0 | 1946 |
| 1948 | 1 | 20,0 | 1950 |
| 1951 | 1 | 20,0 | 1951 |
| 1954 | 2 | 40,0 | 1946/1958 |
| Gesamt | 5 | 100,0 | |

Die für eine Berufung notwendige Habilitation besaßen nicht einmal ein Viertel aller Hochschullehrer, obwohl das Hochschulrecht diese Qualifikation zu diesem Zeitpunkt formal noch verlangte. Wenn ein Mitglied die wissenschaftliche Lehrbefähigung einmal erworben hatte, ließ die Berufung zum Professor nicht lange auf sich warten. Auch dies spricht für den Kadernangel. In einem Fall (Hans Herbert Becker – er sollte als junges SED-Mitglied das „Rückgrat [der] Fakultät“ bilden⁴⁴) war diese sogar mehrere Jahre vor dem wissenschaftlichen Nachweis der Lehrbefähigung erfolgt. Nur ein Hochschullehrer, der Professor für Schulhygiene Georg Hinsche, hatte sich schon geraume Zeit vorher (1930) habilitiert. Er profitierte von den in der SBZ nicht selten praktizierten Spätberufungen, wobei in seinem Falle Expertentum, antinationalsozialistische Gesinnung und SED-Mitgliedschaft als besonders günstige Voraussetzungen zusammentrafen.⁴⁵

Wenn man bedenkt, daß zu den hier in Frage stehenden Hochschullehrern ausschließlich Professoren und Dozenten gehörten, ist der Anteil der Nichtpromovierten mit einem knappen Drittel sicher auffällig hoch. Nicht einmal alle Professoren besaßen den Dokortitel. Im Bedarfsfall aber konnte die fehlende wissenschaftliche Graduierung auch einmal mit dem SED-Mitgliedsbuch kompensiert werden.

Mitgliedschaft in Organisationen und Parteien nach 1933 bzw. 1945

Die SMA hatte auch in Halle die Wiedereröffnung der Universität von einer durchgreifenden Entnazifizierung abhängig gemacht, was anfänglich den Ausschluß aller ehemaliger NSDAP-Mitglieder bedeutete.⁴⁶ Trotz der zu befürchtenden massiven Einschränkungen des Lehrbetriebs und obwohl sich etliche Universitätsmitglieder bzw. Regierungsvertreter für einen moderateren Umgang mit den nominellen NSDAP-Mitgliedern aussprachen, verfügte der Präsident der Provinz Sachsen am 13.12.1945 die sofortige Entlassung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus Lehrkörper, Verwaltung und Studentenschaft.⁴⁷ Auf Dauer war

44 Schreiben der Universitätsleitung an Landesregierung Sachsen-Anhalt vom 25.10.1947, in: UAH, Rep. 7a–b/503, unpag.

45 Hinsche galt als ausgewiesener Fachmann mit der seltenen Doppelqualifikation eines Studienrates und Arztes. Er war im „Dritten Reich“ als Nicht-Parteimitglied und wegen Verweigerungen wiederholt Angriffen seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt gewesen, und er war als einer der ersten 1946 der SED beigetreten. Hinsche lehrte an der Pädagogischen Fakultät seit 1946 als Professor für Schulhygiene, starb aber schon 1951. Zu allen Angaben vgl. UAH, Personalakte (PA) 7929 (Teil 1 u. 2).

46 Vgl. Bericht über die von der Universität Halle durchgeführten Schritte zu ihrer Demokratisierung und über die Erfüllung der ihr von der russischen Unterrichtsverwaltung aufgegebenen Maßnahmen vom 23.7.1945, in: UAH, Rep. 4/49, Bl. 36–41.

47 Verordnung des Präsidenten in: UAH, Rep. 4/58, unpag. Vgl. auch: Carsten Müller, Die Entnazifizierung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, unveröff. wiss. Arbeit zur Ersten Staatsprüfung, Halle 1996.

dieses radikale Ausschlußverfahren jedoch nicht durchzuhalten. Immer mehr Studenten strömten in die Universität, gleichzeitig sollte der übliche Fächerkanon beibehalten werden. Dies zwang zu Pragmatismus. Darüber hinaus zählte bei den ostdeutschen Führungskräften schon wenige Jahre nach dem Ende des „Dritten Reichs“ das Treuebekenntnis zur Einheitspartei bzw. zum jungen SED-Staat mehr, als daß sie Anstoß an einer braunen Vergangenheit nahmen.

Tabelle 12

Mitgliedschaften in Parteien und Organisationen nach 1933

(Mehrfachnennungen möglich)

| Partei/Organisation | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------------|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| NSDAP | 10 | 25,0 |
| DAF | 5 | 12,5 |
| NSV | 18 | 45,0 |
| NSLB | 20 | 50,0 |
| VDA | 3 | 7,5 |
| RLB | 3 | 7,5 |
| SA | 5 | 12,5 |
| NSStB | 3 | 7,5 |

So konnten auch an der Hallenser Universität etwa seit 1948 einstige NSDAP-Mitglieder nachrücken. Nach den vorliegenden, allerdings unsicheren Daten⁴⁸ hatte ein Viertel aller Professoren und Dozenten einst das Mitgliedsbuch der NSDAP besessen (Tabelle 12). Wenn die Betroffenen in einem „Politischen Lebenslauf“ ihre Mitgliedschaft in der nationalsozialistischen Partei oder ihren „Eintritt in die SA“ einigermaßen einleuchtend begründen, zudem Bescheinigungen der neuen Massenorganisationen über ihre „aktive Mitarbeit“ beibringen konnten, mußte ihnen ihre Vergangenheit nicht länger im Wege stehen.⁴⁹ Bis auf Fritz Reuter, der seit 1949 die Professur für Musikerziehung innehatte, suchten die übrigen einstigen NSDAP-Mitglieder interessanterweise relativ rasch wieder in den Besitz eines neuen Parteibuches zu gelangen: zwei entschieden sich für die NDPD, alle anderen für die SED.

48 Die Daten basieren auf den Angaben der Betroffenen selber in den Personalbögen. Eine erste Überprüfung in den Beständen des Bundesarchivs (Abt. Reich) läßt vermuten, daß die Mitgliederzahlen aufgrund unrichtiger Angaben in den Personalpapieren zu gering veranschlagt sind. Der prominente Erziehungswissenschaftler Max Gustav Lange war z. B. seit 1940 Mitglied der NSDAP gewesen, hatte dies aber in seinen Personalunterlagen unterschlagen. (Lange lehrte an der Hallenser Universität Soziologie, war zeitweilig Dekan der Pädagogischen Fakultät, ging später in den Westen und veröffentlichte dort 1954 die vielbeachtete Studie über „Totalitäre Erziehung in der Sowjetzone Deutschlands“.) Vgl. NSDAP-Mitgliederkartei, in: BArch. (Abt. Reich), Max Gustav Lange Z-D I/2887, Bl. 1–7; UAH, PA 9851, unpag.

49 Vgl. hierzu exemplarisch den Fall von Dr. Ingo Burisch, seit 1934 SA- und seit 1937 NSDAP-Mitglied. Burisch war an der Pädagogischen Fakultät zuerst Oberassistent, seit 1952 Dozent für Methodik der Körpererziehung. Alle Angaben und „Politischer Lebenslauf“ vom 13.11.1950 nach: UAH, Ingo Burisch PA 3190, unpag.

Tabelle 13
Parteimitgliedschaften nach 1945/46

| Partei | Anzahl der Mitarbeiter | |
|---------------|------------------------|--------------|
| | absolut | Prozent |
| SED | 22 | 53,7 |
| LDP | 4 | 9,7 |
| NDPD | 2 | 4,9 |
| CDU | 4 | 9,7 |
| parteilos | 9 | 22,0 |
| Gesamt | 41 | 100,0 |

Tabelle 14
Mitgliedschaft in Massenorganisationen nach 1945. (Mehrfachnennungen möglich)

| Organisation | Anzahl der Mitarbeiter | |
|--------------|------------------------|---------|
| | absolut | Prozent |
| FDGB | 35 | 85,4 |
| DSF | 13 | 31,7 |
| Kulturbund | 10 | 24,4 |
| FDJ | 4 | 9,8 |
| DFD | 2 | 4,9 |
| OdF/VVN | 2 | 4,9 |

Insgesamt war der Anteil von SED-Genossen unter den Professoren bzw. Dozenten mit 53,7 Prozent (Tabelle 13) fraglos relativ hoch.⁵⁰ Das kann zum einen als Indiz der besonders ideologie- und herrschaftsnahen Stellung der Pädagogischen Fakultät interpretiert werden, wirft aber – bedenkt man etwa den fast vollständigen „Übergang“ der NSDAP-Mitglieder in die Reihen der SED – auch die Frage nach speziellen Anpassungsleistungen dieser Mitarbeiter auf. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, daß ausgerechnet von den zwölf Hochschullehrern, welche keine Promotion vorweisen konnten, acht Mitglied der Einheitspartei geworden sind. Denn entgegen verbreiteter Klischees war die SED-Mitgliedschaft für einen Hochschullehrer nicht obligatorisch. Wer jedoch auf herausgehobene Funktionen und Karriere setzte, hatte mit dem SED-Parteibuch fraglos schon ein gewichtiges Argument auf seiner Seite.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang das Beispiel eines Hallenser Fakultätsmitgliedes: Friedrich Winnefeld, Professor für Psychologie, erklärte 1953 seinen Austritt aus der SED und konnte sich dennoch, ungeachtet vieler Diskriminierungen, in

50 Jessen beziffert den SED-Mitgliederanteil der Professoren für 1954 auf 28,7 Prozent und für die Dozenten auf 54,3 Prozent. Damit dürfte die Hallenser Fakultät über dem entsprechenden DDR-Durchschnitt gelegen haben. Vgl. ders., Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 217–253, hier: S. 226f.

seiner Stellung halten.⁵¹ Es soll auch darauf hingewiesen werden, daß es unter den 41 Hochschullehrern immerhin sechs gab, die nicht einmal dem FDGB (was als die geringste „Hürde“ galt) beigetreten waren. Auch die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oder im Kulturbund waren zu dieser Zeit keineswegs der „Normalfall“ (Tabelle 14).

Zusammenfassend: Die in der SBZ vollzogene Gründung Pädagogischer Fakultäten markierte in mehrfacher Hinsicht einen Bruch mit der Vergangenheit. Die auf den Weg gebrachte einheitliche universitäre Lehrerbildung war genauso neu wie das Fakultätspersonal. Im Zuge der Entnazifizierung war der übergroßen Mehrheit der einst an den Philosophischen Fakultäten mit der Ausbildung der Oberlehrer betrauten Wissenschaftler die Weiterbeschäftigung verwehrt worden. Von den in den ersten Vorlesungsverzeichnissen der ostdeutschen Universitäten genannten 42 Lehrpersonen waren nur zwei im „Dritten Reich“ als akademische Lehrer für Pädagogik tätig gewesen. Die übrigen hatten ihre akademische Stellung entweder bereits 1933 verloren, sich vorzeitig emeritieren lassen (wie z. B. Theodor Litt) oder kamen aus Arbeitsfeldern außerhalb der Universität.⁵²

Bezogen auf das Personal, das zwischen 1933 und 1945 die Erziehungswissenschaft an den deutschen Universitäten repräsentiert hatte, war der Elitenwechsel weitreichend. Zwar wurden mit wachsendem Pragmatismus in den späten vierziger Jahren wieder ehemalige NSDAP-Mitglieder für die Hochschullehre zugelassen, in der Regel handelte es sich dabei aber nicht um ehemalige Universitätsangehörige. Den Ersatz stellten vor allem Pädagogen, die im ausgehenden Kaiserreich bzw. in der Weimarer Republik in den Beruf gekommen waren, einen Großteil ihrer beruflichen Erfahrungen also schon vor 1933 gesammelt hatten.

Im Unterschied zum Schulbereich, wo in Schnellkursen überwiegend junge Männer und Frauen für den Lehrerberuf ausgerüstet worden waren, übernahmen die Hochschullehrerstellen ältere Pädagogen (meist waren es Männer), die vorher in Schulen, Verwaltungen oder in der Lehrerbildung tätig gewesen waren. Das „Kapital“ dieser Personen war eine auf solider Bildung aufbauende langjährige berufliche Praxis, nur bedingt der akademische Titel. Ein Großteil des Hallenser Personals kam aus dem Mittelstand und war im protestantischen Milieu großgeworden. Erst mit dem erfolgreichen Abschluß von Gymnasium und Universität waren diese Personen in die Reihen des Bildungsbürgertums aufgestiegen. Der zweite „Aufstiegssprung“ wurde ihnen schließlich mit der Berufung an die Hallenser Universität ermöglicht.

In struktureller Hinsicht spricht der beschriebene Personalaustausch fraglos für Diskontinuität. Bei der detaillierten Analyse des Personencorpus sind andererseits eine Reihe gewichtiger Kontinuitätslinien in die Zeit vor 1933 sichtbar geworden.⁵³ Am Beispiel eines Pädagogikprofessors sollen nachfolgend einige Dimensionen dieser bürgerlichen Elitenkontinuität und damit die Frage der Resistenz dieses Milieus in einem abschließenden Teil diskutiert werden.

51 Vgl. die ausführlichen Belege in: UAH, Friedrich Winnefeld PA 26030/31, unpag.

52 Angaben nach: Hans-Georg Herrlitz, Die Restauration der deutschen Erziehungswissenschaft nach 1945 im Ost-West-Vergleich, in: Die deutsche Schule 89, 1988, S. 10f.

53 Klaus-Peter Horn und Heinz-Elmar Tenorth belegen für den Westen Deutschlands eine ganz ähnliche Entwicklung. Sie sprechen von der „künstlichen“ Kontinuität zur Zeit vor dem Nationalsozialismus“, die nach 1945 durch den Rückgriff auf die älteren Jahrgänge hergestellt worden sei. Vgl. dies., Der Nachwuchs, S. 707.

4. Die Kontinuitätsfrage am biographischen Fall

Für eine solche Fallrekonstruktion bietet sich der Pädagogikprofessor Hans Ahrbeck in mehrfacher Hinsicht an: Auf der einen Seite war er ein Bildungsbürger *par excellence*, der sich selbst als „unpolitischen Charakter“ mit einer „tiefen Abneigung gegen ‚Politik‘“⁵⁴ beschrieb. Auf der anderen Seite war er es, dem in der SBZ die herausgehobene Position des Dekans der Fakultät, die Leitung eines Instituts und der Lehrstuhl für praktische Pädagogik anvertraut wurde.

Ahrbeck, Jahrgang 1890, stammte aus bildungsbürgerlichen Verhältnissen und wuchs – mit dem kulturellen und sozialen „Kapital“ dieses Milieus ausgestattet⁵⁵ – in Hannover-Linden auf. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums studierte er an den Universitäten Leipzig, Gießen und Göttingen mit dem Studienziel des Lehramts für höhere Schulen die Fächer Germanistik, Geschichte, Philosophie, Religion und Musikgeschichte; 1925 promovierte er zum Dr. phil. Bis 1945 arbeitete er vor allem als Studienrat, zwischenzeitlich (1929–1933) als Professor für Deutsch an der Pädagogischen Akademie in Breslau.

Seit seiner Berufung an die Pädagogische Fakultät der Universität Halle (1946) lehrte Ahrbeck Geschichte der Erziehung, und zwar vor einem stets vollen und faszinierten Auditorium.⁵⁶ In der instabilen und für viele Studenten orientierungslosen „Übergangsgesellschaft“ versinnbildlichte der bürgerliche Ahrbeck, wie Zeitzeugen berichten, eine Art Rückgriff auf die „unbeschädigte“ Kultur der Zeit vor dem „Dritten Reich“. Die Solidität bürgerlicher Bildung und überhaupt die „Ordnung“ dieses Milieus stellte für viele Studierende ein Fixpunkt dar, der als Vorbild wirkte. Ahrbecks Vorlesungen galten als ein „Bildungserlebnis ersten Ranges“, das er als „kulturelles Ereignis“⁵⁷ mit den dazugehörigen bürgerlichen Attitüden zu zelebrieren verstand. Ahrbeck, der nur Maßanzüge bester Qualität, selbstredend Hut und Weste trug, begann seine Vorlesungen regelmäßig mit dem Ablegen seiner (aus väterlichem Besitz ererbten) goldenen Sprungdeckeluhren – eine von vielen Gesten, die Ahrbeck in Anbetracht mancher Tendenzen eines „Proletkultes“ unter den Parteikadern⁵⁸ durchaus bewußt einsetzte, genauso wie bestimmte (gehobene) Formen der Anrede und des Grüßens.⁵⁹ Seine Vorlesungen waren gespickt mit Zitaten der deutschen Klassik (bevorzugt Goethe), und mit der Souveränität eines Kenners alter Sprachen belegte er

54 Hans Ahrbeck, Handschriftliche Notizen, Vorarbeiten zu einer Autobiographie, undat. (vermutl. 1970/71), in: DIPF/BBF Nachlaß Ahrbeck, Akte 83a, unpag.

55 Es ist bekanntlich dieses Kapital, das den Eintritt in die akademische Laufbahn sichert. Vgl. Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Frankfurt/M. 1992, S. 49, 116f.

56 Vgl. besonders: Jürgen Gebhardt u. a., Hans Ahrbeck (1890–1981). Lehrer – Hochschullehrer – Lehrerbildner – Pädagogischer Wissenschaftler, in: *Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte*, 30, 1990, S. 87–96.

57 Zitat aus einem Interview mit Prof. Dr. Karl-Heinz Günther, der bei Ahrbeck studiert und promoviert hatte. Zur Wirkung seiner Vorlesungen äußerten sich außerdem in diesem Sinne: Dr. Berthold Ebert, Dr. Jürgen Gebhardt (Studenten, Assistenten) und Prof. Dr. Gerhard Lukas (Kollege und jugendlicher Freund Ahrbecks). Transkription des Interviews bei der Autorin.

58 Entsprechende Hinweise aus den zuvor genannten Interviews. Zum „Proletkult“ vgl. Anna-Sabine Ernst, *Erbe und Hypothek*.

59 Zur Abgrenzungsfunktion von bürgerlichem Selbstbild und bürgerlicher Selbstdarstellung in der DDR vgl.: Rüdiger Schroeder, Reaktionen „bürgerlicher“ Wissenschaftler auf den Führungsanspruch der SED an der Deutschen Akademie für Wissenschaften zu Berlin (DAW) in den fünfziger Jahren, in: Sabrow/Walter, *Historische Forschung und sozialistische Diktatur*, S. 74–93, hier S. 74f.

seine Ausführungen zur Geschichte der Erziehung mit Texten aus den Primärquellen. In der Philosophie, wie er sie verstand und lehrte, war Kultur zentral. Spekulationen waren ihm fremd, er verfuhr streng nach den Regeln wissenschaftlicher Methoden: er stellte Hypothesen auf und suchte sie anhand der Quellen zu verifizieren.⁶⁰ Marx und Engels behandelte er im „normalen“ Ablauf der Philosophiegeschichte und untersuchte ihre Texte nach pädagogisch Relevantem.⁶¹ Seine Darstellung der Sowjetpädagogik blieb distanziert. Zum einen bot sie ihm sichtlich weniger Substanz als Marx und Engels (die er akzeptierte, weil er in ihnen mit dem „sozialen Instinkt“⁶² seines Standes die *Gelehrten* wiedererkannte), zum anderen wies er immer wieder auf die geringe Zahl von Übersetzungen und damit auf die lückenhafte Quellenbasis hin. Wie schwer die systematische Rezeption in Anbetracht der nicht seltenen radikalen politischen Kurswechsel war, ließ Ahrbeck vor seinen Zuhörern gleichfalls nicht unerwähnt: „Diese oder jene Form (der) Belehrung im Marxismus“ sei in der Sowjetunion abhängig davon, so führte er in seiner Vorlesung aus, „wie sie von den marxistischen Lehrern oder den Behörden jeweils verstanden wurde. [...] Man muß bedenken, daß die offiziellen Parteiauffassungen oftmals mehrdeutig sich erwiesen, daß von Abweichlern vom orthodoxen Buchstaben, von Trotzlisten, von kosmopolitischen Internationalisten etwa besondere Auffassungen vertreten und auch gelehrt wurden. Erst allmählich ist die Häresie ausgeschaltet.“⁶³ So sei es auch zu erklären, daß „eine Reihe von Jahren die Pädagogik in der SU reformpädagogisch gefärbt (war)“, und auch „Kerschensteiners Name einen guten Klang gehabt (hatte)“.⁶⁴ Auf welchem Glatteis man sich als „Rezipient der Sowjetpädagogik“ bewegen konnte, demonstrierte Ahrbeck seinen Studenten an folgenden Beispielen: „1946 wurde der III. Band eines Sammelwerkes ‚Geschichte der Philosophie‘ verworfen wegen mangelndem Patriotismus und wegen Überschätzung der deutschen führenden Philosophen. Ähnlich erging es der Geschichte der Philosophie in Westeuropa von G. F. Aleksandrow (1946). Das Buch erhielt zwar zunächst den Stalinpreis, wurde aber schon im Sommer 1947 von A. A. Zdarow (Schwiegervater Stalins und Führer der Kominform) in Grund und Boden kritisiert, [...] weil er die russische Philosophie nicht nach Gebühr gewürdigt habe (Al. hat begeistert widerrufen)“.⁶⁵

Ahrbeck bezeichnete sich selbst als einen „nichtmarxistischen“ bzw. „bürgerlichen Wissenschaftler“⁶⁶. Diese Charakterisierung ist nicht nur Ausdruck Ahrbecks geistiger Heimat in bestimmten Theoriemilieus bzw. eines Wissenschaftsbegriffs, den er akademischen Leh-

60 Ahrbeck hielt diese Vorlesung über den Zeitraum von zehn Jahren, wobei der Text im wesentlichen unverändert blieb. Im Wintersemester behandelte er die Entwicklung von der Vorgeschichte bzw. den „primitiven Völkern“ bis zur französischen Revolution, im Sommersemester das 19. und 20. Jahrhundert. Das vollständig ausformulierte Vorlesungstyposkript von ca. 500 Seiten einschließlich ausführlicher handschriftlicher Vorarbeiten befindet sich im Nachlaß, vgl. DIPF/BBF, Nachlaß Ahrbeck, Vorlesung, Akte 4–13.

61 Vgl. Hans Ahrbeck, Die pädagogischen Lehren von Marx und Engels (= § 24 der Vorlesung), in: ebd., Akte 13, Einzelpaginierung S. 1–12.

62 Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M. 1997, S. 374.

63 Vgl. Hans Ahrbeck, Die Pädagogik der Sowjet-Union (= § 12 der Vorlesung), in: ebenda, Akte 13, Einzelpaginierung S. 1–20, hier S. 8.

64 Ebd. S. 8, 18.

65 Ebd., S. 13.

66 Vgl. Brief Ahrbecks an den Rektor der Universität vom 14.4.1954, in: UAH, PA 261/1, unpag.; Rede zum zehnjährigen Jubiläum der Wiedereröffnung der Universität Halle-Wittenberg, vermutl. März/April 1956, in: DIPF/BBF, Nachlaß Ahrbeck, Akte Universitätsreden (ohne Nummer), unpag.

ren wie Wilhelm Wundt, Karl Lamprecht, Hermann Gunkel, Max Lehmann und Eduard Sievers verdankte.⁶⁷ Ebenso bestimmend für diesen „bürgerlichen Wissenschaftler“ waren eine standesgemäße Lebensführung, sein ästhetisches Verhältnis zur Hochkultur (Musik, Theater, Ausstellungen, Literatur) und nicht zuletzt die Gesellschaftskreise, in denen er sich bewegte.

Wie erstaunlich viele seiner Professorenkollegen⁶⁸, bewohnte Ahrbeck nach anfänglichen Provisorien in Halle (gemeinsam mit seiner Frau, seinem Sohn und seiner Assistentin) ein weiträumiges Einfamilienhaus, das von einem großen parkähnlichen Garten umgeben war. Das Haus war eingerichtet mit wertvollen Familienerbstücken – Möbel aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Es gab eine umfangliche, gut sortierte Bibliothek, darunter etliche bibliophile Kostbarkeiten.⁶⁹ Ahrbeck, der mit großer Meisterschaft Violine und Klavier spielte, lud des öfteren vertraute Studenten und Kollegen zu Hausmusikabenden ein.

Der Familie ging täglich eine Haushälterin zur Hand, die Wäsche kam außer Haus, und für „grobe“ Arbeiten wurden Handwerker bestellt.⁷⁰ In regelmäßigen Abständen traf sich zudem im Hause Ahrbeck eine kleine ausgesuchte Gruppe von Universitätsprofessoren – das sogenannte „Spiritus-Kränzchen“. Dieser exklusiven Runde gehörten ausschließlich parteilose und in der Fachwelt ausgewiesene bürgerliche Professoren an, die wohl nicht zufällig an das erinnern, was als Typ des deutschen Mandarins⁷¹ beschrieben wird.

Mit dem „Spiritus-Kränzchen“ belebten die Hallenser Professoren nach dem Krieg die an ihrer Universität seit 1890 bekannten, halbprivaten „wissenschaftlich-geselligen Zusammenkünfte mit Vorträgen und anschließendem Gespräch“⁷² wieder. In diesem Kreis pflegten sie den wissenschaftlichen Meinungsaustausch, diskutierten aber ebenso politische Fragen und die Entwicklung ihrer Universität. Ahrbeck arbeitete in diesem „Spiritus-Kränzchen“, dessen Existenz an der Universität kein Geheimnis war, kontinuierlich mit.⁷³ Unter den spezifischen Bedingungen der SBZ/DDR entwickelte sich der Kreis des gelehrten Disputs und der standesgemäßen Geselligkeit rasch zu einem informellen Informationskanal bzw.

67 Vgl. Hans Ahrbeck, Über meinen Werdegang, Antrittsrede 1946, in: ebd.

68 Das wird von den Zeitzeugen berichtet, läßt sich aber auch anhand der in den Personalbögen kontinuierlich festgehaltenen Adressen bestätigen. In der unmittelbaren Nachbarschaft Ahrbecks (einer Einfamilienhaussiedlung aus den zwanziger und dreißiger Jahren) lebten etliche sehr bekannte Mediziner des Universitätsklinikums, desweiteren Künstler der Burg Giebichenstein, von der Hallenser Universität u. a. Walter Lindemann, Leo Stern und Viktor Klemperer.

69 Die Beschreibung stützt sich zum einen auf eine umfangreiche Sammlung von Privatfotos aus dem Hause Ahrbeck (DIPF/BBF, Nachlaß Ahrbeck). Zusätzlich war es mir möglich, das Haus – z. T. ist es noch mit dem Ahrbeckschen Mobiliar eingerichtet – zu besichtigen.

70 Diese Informationen aus Interviews mit Frau M., der langjährigen Haushälterin Ahrbecks, bzw. mit Frau D., einer mit der Familie besonders freundschaftlich verbundenen Nachbarin. Letztere war Tochter eines Bitterfelder Studienrates, mit dem Ahrbeck zeitweilig zusammen studiert hatte und der ein Freund des Ahrbeck ebenfalls bekannten Schulreformers Adolf Grimme war. Transkriptionen der Interviews bei der Autorin.

71 Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine. 1890–1933, München 1987.

72 Aus einer 1958 verfaßten Erklärung von Prof. Dr. Bischoff, Mitglied des Spiritus-Kreises, in: DIPF/BBF Nachlaß Ahrbeck, Akte 109/1, unpag.

73 Vgl. hierzu verschiedene Schriftstücke betr. „Spirituskränzchen“ (Mai 1958), in: DIPF/BBF Nachlaß Ahrbeck, Akte 109/1. Weitere Informationen verdanke ich Prof. Karl-Heinz Günther und Frau D., der Nachbarin Ahrbecks. Transkriptionen der Interviews bei der Autorin.

Netzwerk der wiederholt unter Druck geratenden bürgerlichen Professorenschaft.⁷⁴ Als im April 1958 Walter Ulbricht von diesem Kreis erfuhr, reagierte er mit scharfer öffentlicher Kritik. Die Hallenser Universitätsleitung warf den beteiligten Professoren daraufhin vor, eine „illegale Organisation [...] mit dem Ziel [gegründet zu haben], eine zweite Universitätsleitung und das Zentrum einer Meinungsbildung herzustellen“⁷⁵. Die Gelehrtenrunde, der Leo Stern als Rektor bezeichnenderweise gerade ihre „Exklusivität“ und „ungewöhnliche Strahlkraft“⁷⁶ zum Vorwurf machte, mußte aufgelöst werden.

Was Ahrbeck anbelangte, waren sich das Staatssekretariat für Hochschulwesen und die SED-Grundorganisation des Instituts für Pädagogik bereits vor diesem Vorfall darin einig gewesen, daß er spätestens mit seiner Emeritierung 1957 die Martin-Luther-Universität verlassen sollte.⁷⁷ Schon das zuvor zuständige Ministerium für Volksbildung hatte mehrfach (vergeblich) versucht, Ahrbeck als Dekan zu ersetzen und die Kräfteverhältnisse an der Fakultät zugunsten von Personen zu verändern, die „mit beiden Füßen in der neuen Zeit stehen“.⁷⁸ Ahrbeck wiederum setzte einiges daran, insbesondere was die Nachwuchsförderung anbelangte, diesen Plan zu vereiteln. Unbeirrt berief er sich mit der Macht des Ordinarius bei der Auswahl seiner Assistenten allein auf Kompetenz und fachliche Eignung.⁷⁹ Nicht zuletzt der außerordentlichen Trägheit des Generationswechsels vom „Ordinarius“ zum „sozialistischen Professor“ verdankte Ahrbeck, daß er sich in dieser Frage lange Zeit durchsetzen konnte.⁸⁰ Daß das Ende der traditionellen Ordinarienmacht dennoch abzusehen war, bekam Ahrbeck kurz vor seinem endgültigen Ausscheiden aus der Universität 1957 zu spüren.

Als die Philosophische Fakultät noch vor Beginn des neuen Studienjahres im Sommer 1957 bei den zuständigen Stellen in Ostberlin einen Antrag einreichte, Ahrbeck über die Emeritierung hinaus mit der Leitung des Pädagogik Instituts und den Vorlesungen zur Geschichte der Pädagogik zu betrauen, antwortete der Staatssekretär für Hochschulwesen in barschem Ton, daß dieses Ansinnen im „krassen Widerspruch“ zu der „mit der Emeritierung des Prof. Dr. Ahrbeck verfolgten politischen Konzeption“ stehe und deshalb abzulehnen sei.⁸¹ Einzig der Personalnot war es geschuldet, daß Ahrbeck auf ein Jahr befristet seine Vorlesungen weiter halten durfte.

74 Ahrbeck hat sich hierzu in späteren Jahren gegenüber seiner Nachbarin mehrfach geäußert, wovon sie im Interview berichtete. Informationen hierzu lieferte auch Dr. Berthold Ebert. Transkriptionen beider Interviews bei der Autorin.

75 Erklärung der Mitglieder des Spirituskranzchens vom 20.5.1958, in: DIPF/BBF Nachlaß Ahrbeck, Akte 109/1, unpag.

76 Handschriftliche Notiz, in: ebd.

77 Vgl. Schreiben der SED-Grundorganisation des Instituts für Pädagogik an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 9.10.1957, in: UAH, PA Hans Ahrbeck 261/2, unpag.

78 Vgl. u. a. Plan zur Reorganisation des Lehrkörpers vom 6.9.1949; Schreiben der Fakultät an den Rektor vom 14.1.1950, in: UAH, Rep. 7a-b/117, unpag.; Schreiben der Universitätsleitung an Landesregierung vom 25.10.1947, in: UAH, Rep. 7a-b/503, unpag.

79 Vgl. u. a. Ahrbecks Einsatz für die Förderung seiner (parteilosen) Assistentin Rosemarie Wothge, in: UAH, PA Hans Ahrbeck 261/1; PA Rosemarie Wothge 24722.

80 Vgl. Ralph Jessen, Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945–1969, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 76–107.

81 Schreiben des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 2.7.1957, in: UAH, PA Hans Ahrbeck 261/2, unpag.

Der zudem eingebrachte Vorschlag des Hallenser Instituts, Ahrbeck in Anbetracht seiner Leistungen für die Fakultät bei seinem Ausscheiden die Ehrenpromotion oder eine andere Auszeichnung zu verleihen, wurde von der Hochschulabteilung ebenfalls abgelehnt.⁸² Schon frühere Versuche, für Ahrbeck eine staatliche Auszeichnung durchzusetzen, waren vom Ostberliner Staatssekretariat auf peinliche Weise unterlaufen worden. Erst aufgrund mehrfacher Interventionen seiner Kollegen hatte Ahrbeck 1955 die Friedrich-Wilhelm-Wander-Medaille erhalten – die einzige Auszeichnung, die Ahrbeck während seiner Hochschullehrtätigkeit in der DDR bekommen sollte.⁸³ Seine im Sinne der SED aktiven Kollegen hingegen (wie z. B. Walter Lindemann) besaßen zur gleichen Zeit schon eine stattliche Sammlung von Medaillen und Urkunden.⁸⁴ Das Blatt hatte sich gewendet: Die nach dem Krieg so dringend benötigten bürgerlichen Wissenschaftler waren am Ende der fünfziger Jahre, wenn sie es denn nicht verstanden hatten, sich der Einheitspartei in den Dienst zu stellen, aus der Sicht der zuständigen SED-Funktionäre in erster Linie nur noch ein Unsicherheitsfaktor.

5. Resümee

Der Austausch der pädagogischen Eliten vollzog sich in der SBZ und frühen DDR stufenweise. An die Stelle der als belastet eingestuften Pädagogen, die zwischen 1933 und 1945 in der akademischen Lehrerbildung beschäftigt gewesen waren, trat eine zum Ende des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik geprägte traditionale Elite. Es handelte sich dabei zwar nicht um Personen, die in der Wissenschaftsforschung gemeinhin als (pädagogisches) „Establishment“⁸⁵ bezeichnet werden, gleichwohl in großer Zahl um Bildungsbürger. Ihre habituelle und wissenschaftliche Vorbildwirkung innerhalb der Hochschullehrergruppe war weitreichend und nachhaltig. In der nach Orientierung suchenden Studentenschaft besaßen sie, gerade wegen ihrer für Bildung und Kultur stehenden Bürgerlichkeit, ein hohes Ansehen.

In erster Linie an diesem bürgerlich geprägten Personal, so die abschließend formulierte These, scheiterte der Plan, in der nur neun Jahre währenden Geschichte der Pädagogischen Fakultäten eine unter ideologischen Gesichtspunkten zufriedenstellende Lehrerbildung durchzusetzen. Die Oktroyierung einer marxistisch-leninistischen Pädagogik samt ihrer engen Bindung an die Sowjetpädagogik verlangte einen Austausch der traditionellen Eliten, und dieser vollzog sich erst mit dem Generationswechsel der sechziger Jahre. Bis dahin blieb der Gleichklang der Erziehungswissenschaft im Sinne einer „Staatspädagogik“⁸⁶ eine

82 Vgl. zu diesem Vorgang: UAH, PA Hans Ahrbeck 262/2.

83 Diese Vorgänge sind ausführlich dokumentiert in: UAH, Rep. 7a-b/759.

84 Bei der Durchsicht der Personalakten zu den „Auszeichnungen in der DDR“ zeigten sich auffällige Häufungen bei einzelnen Personen. Nach dem „Gießkannenprinzip“ wurde ganz offensichtlich nicht verfahren. Vgl. UAH, Datensatz Personalakten; Walter Lindemann PA 703 (Teil 1/2), unpag.

85 In der Pädagogik die Gruppe, welche – von der Praxis der Erziehung freigestellt – sich mit dem Lesen, Schreiben und Reden über Erziehung beschäftigen kann. Vgl. Norbert Elias u. a. (Hg.), *Scientific Establishments and Hierarchies*, Dordrecht 1982; Tenorth, *Erziehungswissenschaft*, S. 302.

86 Dietrich Benner/Horst Sladek, *Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR*, Weinheim 1998, S. 18–25.

Illusion. In den sechziger Jahren jedoch ließen sich die „Verdünnung“ der bürgerlichen Kultur⁸⁷ und die Marginalisierung bürgerlicher Milieus in der ostdeutschen Gesellschaft nicht mehr aufhalten. Abzusehen war beides lange Zeit vorher gewesen. Die Hallenser Hochschullehrer, so der derzeitige Befund, reagierten auf diesen Wandel und die allgemeinen Nivellierungstendenzen mit einem verstärkten Sonderbewußtsein; bürgerlicher Habitus und Lebensstil, der Erkennungswert der „distinktiven Merkmale“⁸⁸ bekamen ebenso eine neue Funktion wie die Kommunikation in exklusiven sozialen Kreisen. Gerade weil sich die Aufsteiger des jungen SED-Staates hemdsärmelig und antielitär gaben⁸⁹, wurde die Bürgerlichkeit in der Selbstwahrnehmung und Repräsentation der traditionellen Eliten wichtiger. In einer Gesellschaft, in der bürgerliche Gruppen ihre Verankerung in der öffentlichen Kultur immer mehr verloren, vermittelte die Konservierung eines bürgerlichen Milieus mentale Geborgenheit und stützte die Binnenintegration dieser Kreise.⁹⁰

Um so deutlicher aber sollte sich das Profil der ostdeutschen Hochschullehrer mit der fortschreitenden Entbürgerlichung in den sechziger Jahren verändern. Als Folge von politischer Selektion, langfristiger Kaderplanung und Generationswechsel zog nunmehr ein neuer Typ des *homo academicus* in die Universitäten ein.

87 Kocka, Muster, S. 39.

88 Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 355.

89 Vgl. Bauerkämper u. a., „Funktionäre des schaffenden Volkes“?, in: ders. u. a. (Hg.), Gesellschaft ohne Eliten, S. 31–35.

90 Aufschlußreich hierzu ein Vergleich mit Westdeutschland, wo zur gleichen Zeit die Akademiker ihren Status als Experten und Bürger wiederherzustellen suchten. Vgl.: Hannes Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: GG 20, 1994, S. 549–583; ders., Der Wandel als Krise und Chance. Die westdeutschen Akademiker 1945–1965, in: Klaus Tenfelde/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen 1994, S. 284–314.